

Sächsische Volkszeitung

Anabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

ersch. täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A: Mit der Zeit in Fort und Abw. bleibendjährlich
2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz
Deutschland frei Haus 2,50 M.
Abgabe B: Eine halbjährige Beilage bleibend 1,80 M. In
Dresden 2 Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus
2,20 M. — Einzel-Nr. 10 J. — Zeitungspreis. Nr. 6858.

Interessante werden die herzlichsten Belegzettel oder deren Raum mit
15 J. Reklamen mit 50 J die Stelle berechnet, bei Wiederholungen
entsprechenden Rabatt.

Druckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnitzer Straße 13. — Fernsprecher 1366
Für Rückgabe unbenutzter, Schriftstücke keine Verantwortlichkeit
Redaktion - Sprechstunde: 11 - 12 Uhr.

Die besten
Erfrischungs-Bonbons
1/4 Pfund 15 und 20 Pfennige,
unentbehrlich auf Reisen und Ausflügen, erhalten Sie bei:
Gerling & Rockstroh, Dresden.
Niederlagen in allen Stadtteilen. 1461

Beste Bezugsquelle!
Vorzügliche PIANINOS
neu und gebrauchte, alle Holz- und Stilarten
sowie nach Zeichnung
HARMONIUMS von 60 Mark an
Realisig Auswahl, günstige Zahlungsweise, hoher
Kassensnabbatt! **Misc-Pianos!**
STOLZENBERG : DRESDEN
Johann-Georgen-Allee 13

Schulden im Lande bleiben. Die werden doch einfach nach
Hamburg verlegt. Wo der Mann etwas schuldig bleibt, ist
gleichgültig, ob bei Karl Meyer in Hamburg oder bei Karl
Meyer in Bindhuf. Dann aber hat Karl Meyer in Bind-
huf keine Forderungen mehr, sondern der Mann in Ham-
burg hat sie. Sie sind also auch aus dem Wege. Es bleibt
Herrn Kattmann (Antragsteller) zur Besteuerung nichts
anderes übrig, als gerade der Grund und Boden von
dem gesamten Vermögen und die darauf errichteten Minen-
unternehmungen. Denn das ist das einzige, was
man nicht wegbringen kann. Daraus kommt mein
Bedenken, nicht etwa, daß ich den Leuten Vorwürfe machen
will. Deswegen sage ich, wenn Sie 36 oder 80 Millionen
Mark Steuer erheben wollen, kriegen Sie sie im wesent-
lichen nur von den Farmern und Minengesellschaften. (Zu-
ruf aus der Mitte: Wie bei der Erbschaftsteuer.) Welche
Parallelen Sie in Bezug auf die deutschen Verhält-
nisse da ziehen wollen, das kann mich in dem Moment nicht
berühren. Gegenwärtig bin ich ganz Afrikaner. (Stür-
mische Seiterkeit.) Schäfer konnte die Erbschaftsteuer
nicht verurteilt werden; es bleibt eben nur Grund und
Boden und die gewerblichen Unternehmen — so krüben —
so hüben. Gerade Dernburg als Bankmann kennt seine
Leute und weiß, wie es gemacht wird. So wird also heute
schon vom Regierungstische aus zugegeben, daß die Erb-
schaftsteuer das mobile Kapital gar nicht getroffen hätte.
Was sagen die Liberalen zu dieser Leistung ihres Wort-
helden?

Die Inkohärenz der Politik der Schutzmächte in der Kretafrage.

Dresden, den 21. Mai 1910.
Die Kretafrage ist wieder akut geworden. Ihre Ak-
tualität scheint jedoch den ruhigen Schlaf der vier Schutzmächte
nicht im mindesten zu stören. Mit ihrer unglücklichen
Politik des Allenrechtmachens haben die Schutzmächte diese
heikle Frage nur noch schwieriger und gefährlicher gemacht.
Ein hoher Diplomat, der in Wiener diplomatischen Kreisen
ein hohes Ansehen besitzt, hatte die Liebenswürdigkeit, un-
seren Wiener Mitarbeiter zu empfangen und ihm über die
Kretafrage folgende interessante Mitteilungen zu machen:
„Schon lange war man gewöhnt, den umfangreichen
Notenwechsel, die unzähligen Aide-memoires, den türkisch-
europäischen Meinungsaustrausch gleichmütig zur Kennt-
nis zu nehmen. Man nahm an, daß die „Gunclatorpoli-
tik“, die 13 Jahre lang sich bewährt hatte, auch weiterhin
imstande sein werde, die Frage ad infinitum zu verschlep-
pen. Und nun, da vorigen Montag der Präsident der freisich-
en Nationalversammlung die Deputierten aufforderte,
dem Könige der Hellenen den Treueid zu leisten und mit
diesem Akte die Aspirationen auf eine Annexion zu bekräf-
tigen, da griffen sich die Diplomaten an den Kopf, standen
vor einem völlig neuen Rätsel und waren der Meinung,
daß die Frage in ein neues Stadium getreten sei. Aber
auch vor der Eröffnung der Nationalversammlung und der
bei dieser Gelegenheit vorgekommenen Aeußerungen der
Griechen, mußten die Schutzmächte doch wissen, daß die
türkische Regierung bereits am 20. April eine Zirkular-
note ausgeschickt hatte, um im voraus gegen die Annexions-
bestrebungen der Kreter zu protestieren. Die Schutzmächte
hatten hierauf in einer Gegennote an den türkischen Mini-
ster des Aeußeren ausdrücklich erklärt, daß die Rechte der
Kreter in keiner Weise verletzt werden dürfen.“

„Nach den Ereignissen am Eröffnungstage der Natio-
nalversammlung verlangte die Pforte sofort eine Erklärung
und Rifaad Pascha erklärte, daß die Eidesleistung im
Namen des Königs der Hellenen eine grobe Verletzung der
türkischen Rechte sei; er fügte hinzu, daß die Antwort der
Schutzmächte nicht befriedigen könne, um so mehr, als sie
kurz vorher erklärt hatten, daß die Rechte der Kreter nicht
verletzt werden würden. Noch Freitag abend beantwortete
die Pforte eine Kollektivnote der Schutzmächte, in der be-
hauptet wurde, daß die Eidesleistung im Namen eines frem-
den Souveräns keine Verletzung des Status quo bedeute,
mit einer Gegennote, in der die türkische Regierung die
Meinung äußerte, daß gerade die geschlossene Eidesleistung
den Status quo verletze und daß hierin eine Verletzung
der Rechte des Sultans zu erblicken sei. Die Pforte kündigte
gleichzeitig an, daß sie entschlossen sei, der zweideutigen
Situation ein Ende zu machen. Diese energische Erklärung
der türkischen Regierung veranlaßte die Schutzmächte, etwas
zu unternehmen, um die Pforte zu beruhigen, und sie fan-
den wieder eine Auskunft: sie erklärten nämlich, daß die
Schutzmächte die Eidesleistung für null und nichtig betrach-
ten. Das ist das alte Spiel. Es ist die Bestätigung jener
unglücklichen Politik der halben Maßregel der Verschlep-
pung, der Zweideutigkeit, die das berüchtigte europäische
Kongert der Schutzmächte charakterisiert. Die Mächte ver-
suchen nun eine unangenehme Last abzuschütteln, sich eines
gegebenen Versprechens zu entledigen und gleichzeitig der
neuen Türkei gegenüber den „Wohltuenden“ zu spielen.
Es fehlt aber an Kraft, an Entschlossenheit, gutem Willen
und Eintracht; mit dem bisherigen System der halben Maß-
regel ist nichts zu erreichen. Um die öffentliche Meinung
auf den notwendigen Schritt vorzubereiten, sagen die Schutz-
mächte, daß sie den Kretern nie etwas versprochen hätten
und daß die Kreter die Noten der Mächte an die Türkei
falsch aufgefaßt hätten. Wir scheint es nun, daß diese ge-
wollte Zweideutigkeit der Situation, die nunmehr länger
als zwei Jahre dauert, nicht der phantastischen Auslegung
der Kreter, wohl aber der zweideutigen Haltung der Mächte
zuzuschreiben ist. Denn als am 25. Oktober 1908 der Prä-
sident Richelofakis die Nationalversammlung im Namen
Georgs I. eröffnete und den König aufforderte, von der
Insel Besitz zu ergreifen, antworteten die Schutzmächte am
28. Okt. mit folgender Note: „Die Schutzmächte betrachten die
Annexion Kretas an Griechenland abhängig von der Zu-
stimmung der Mächte, welche diesbezüglich ein Abkommen
mit der Türkei abgeschlossen haben. Nichtsdestoweniger
würden die Mächte — nach Rücksprache mit der Türkei und
nach Garantien für die Freiheit und persönliche Sicherheit
der Mohammedaner einer Annexion sympathisch gegenüber-
stehen.“ Die Kreter versprochen dies zu tun und hielten
auch ihr Versprechen bis zum 27. Februar 1910, wo sie von

den Mächten eine Lösung der Frage beifchten. Als die poli-
tische Unmöglichkeit in der Türkei statifand und als die poli-
tischen Verhältnisse geboten, den Kretern die Unmöglichkeit
der Erfüllung ihrer Forderungen klar zu machen, geschah
nichts dergleichen. Man erlaubte ihnen, die griechischen
Fahnen an allen öffentlichen Gebäuden zu hissen, gestattete
ihnen, Briefmarken mit dem Namen „Sellas“ zu drucken,
die öffentlichen Quittungen durften die Aufschrift „Helleni-
con basillon“ (Griechisches Königreich) tragen, und die
Kassationsrekurse wurden dem „Areopad“ nach Athen
geschickt.
„Wenn also heute noch eine Kretafrage existiert, ist dies
nicht Schuld der Inselbewohner, die von ihrem Standpunkte
aus recht haben, noch weniger sind die Jungtürken schuld
daran, sondern es ist dies nur der unentschlossenen zweideu-
tigen Politik der Schutzmächte zuzuschreiben. Die haar-
sträubende Nachricht einer italienischen Zeitung (es war die
römische „Tribuna“, D. R.), daß an der Verschleppung der
Kretafrage die Zentralmächte schuld seien, ist zu absurd
und zu lächerlich, um darüber mehr Worte zu verlieren.“

Politische Rundschau.

Dresden, den 21. Mai 1910.
— **König Georg V. von England** wird außer der
Chefflelle des 8. Kürassierregiments, die er bereits inne
hat, auch die des 1. Garde dragonerregiments, dessen Chef
sein verstorbenen Vater war und bei dem er à la suite
steht, erhalten.
— **Erstwahl in Friedberg.** Das Zentrum hat im
Reichstagswahlkreise Friedberg - Pödingen beschloffen, für
den Kandidaten des Bundes der Landwirte v. Selmholtz
schon im ersten Wahlgange einzutreten. Damit dürfte
dieser in die Stichwahl kommen. Am kommenden Sonntag
findet in Friedberg eine große Versammlung statt, auf
welcher Landtagsabgeordneter Dr. Schmitt-Rainig und
Reichstagsabgeordneter Erzberger reden werden. Die
Anmeldungen für den Besuch der Versammlung sind sehr
zahlreich.
— Eine Reihe von Mitgliedern des höchsten deutschen
Gerichtshofes hat sich zu einer Erläuterung des Bürger-
lichen Gesetzbuches vereinigt. Das Werk soll im Manuscript
nahezu vollendet vorliegen und bereits nach den diesjährigen
Gerichtstagen als abgeschlossenes Ganzes erscheinen.
— **Der Nationalliberale Verein zu Köln** hat an die
nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordneten-
hauses die dringende Bitte gerichtet, der Wahlrechtsvorlage
in der Fassung, die ihr das Herrenhaus gegeben hat, nicht
zuzustimmen.
— **Mit der Pensionsversicherung der Angestellten** beschäf-
tigte sich zu Pfingsten in Hannover der Delegiertentag des
Werkmesterverbandes. Einstimmig hieß man folgende Ent-
scheidung gut: Die außerordentliche Delegiertenversamm-
lung des deutschen Werkmesterverbandes begrüßt das von
der Regierung gegebene Versprechen, dem Reichstage schon
im Herbst dieses Jahres den Gesetzentwurf über die Pen-
sionsversicherung der Privatangestellten vorzulegen. Sie
rechnet darauf, daß der Entwurf auf die Angestellten im
höheren Alter Rücksicht nimmt und für diese Übergangsbe-
stimmungen schafft, damit auch sie der Wohlthaten des Ge-
setzes teilhaftig werden. Der außerordentliche Delegiert-
entag erwartet von dem Reichstage, dem er gleichzeitig für
das einmütige Eintreten für die Angestellten dankt, baldige
Beratung und Verabschiedung des angekündigten Gesetzes.
Er erwartet von dem Reichstage ferner, daß er den Wün-
schen der Angestellten Rechnung trägt und dafür sorgt, daß
ihnen und ihren Hinterbliebenen ohne allzu große Be-
lastung eine ausreichende Versorgung gewährleistet wird.
Gleichzeitig fordert er in der Reichsversicherungsordnung
Verficherung aller Angestellten ohne Rücksicht auf das Ein-
kommen in der Unfall-, Kranken- oder Invalidenversiche-
rung, hier unter gleichzeitiger Anfügung weiterer Beitrags-
klassen.
— **Dernburg gegen die Erbschaftsteuer.** Der Kolonial-
staatssekretär hat sich am 30. April 1910 im Reichstage da-
gegen gewehrt, daß in Südwafrika eine außerordentliche
Vermögenssteuer eingeführt werde, dabei aber hat er recht
scharfe Wendungen gegen die Erbschaftsteuer gebraucht;
er führte nämlich u. a. aus: „Darauf werden Sie sich doch
nicht verlassen, daß alle diejenigen Leute, die im Schutz-
gebiete Aktien haben, so patriotisch sind, zu sagen: „Ja,
hier sind unsere Aktien, wir behalten sie hier und zahlen
unsere Steuern,“ sondern sie werden sie eben nach Berlin
schicken, wo sie nicht versteuert werden. Ich wenigstens habe
zu den Südwafrikanern kein besseres Zutrauen
als zu meinen hiesigen Landsleuten.“ (Große
Seiterkeit. Sehr gut!) Meinen Sie denn, daß die Waren-

— **Internationales Arbeiterkartell im Baugewerbe.**
Bereits vor einigen Wochen konnten wir berichten, daß sich
die Arbeitgeber in verschiedenen Branchen zu internatio-
nalen Kartellen vereinigt haben. Insbesondere gilt dies
für die Arbeitgeber im Baugewerbe. Auf der letzten
Hauptversammlung des deutschen Bauarbeiterverbandes
waren Delegierte der Arbeitgeberverbände von Schweden,
Norwegen, Dänemark und Oesterreich erschienen, um zu-
nächst an den Verhandlungen als Gäste teilzunehmen, dann
aber auch, um eine engere Verbindung zwischen den Orga-
nisationen der verschiedenen Länder zum Abschlusse zu
bringen. Ein besonderer Ausschuss wurde mit der Aufgabe
betraut, die bezüglichen Verträge auszuarbeiten. Nach
hiesigen Verträge verpflichten sich die beteiligten Verbände
zur gegenseitigen, tatkräftigen Unterstützung bei Streiks
und Aussperrungen. Besonders wurde auch die Nicht-
einstellung streikender oder ausgesperrter Arbeiter aus den
Kartellverbänden vereinbart.
— **Zur Einigung im Baugewerbe.** Der „Dr. Ing.“
schreibt: Nachdem es gelungen ist, die Vereintwägigkeit des
geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Arbeitgeber-
bundes für das Baugewerbe sowohl als auch der Zentral-
verbände aller beteiligten Gewerkschaften und des Zentral-
verbandes christlicher Bauarbeiter zum Eintritt in neue
Verhandlungen über die Beendigung der Ausschließung im
Baugewerbe herbeizuführen, hat Donnerstag, wie wir von
ausländischer Seite erfahren, das Reichsamt des Innern den
Vorstehenden des Arbeitgeberbundes wissen lassen, daß das
Reichsamt des Innern die Verhandlungen einleiten wolle.
Darauf hat Herr Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. Ventler,
der die Präliminarien bisher geführt hatte, die Einladung
zu einer ersten gemeinschaftlichen Verhandlung der Parteien,
die heute hier in Dresden stattfinden sollte, zurückgezogen.
Es wird in weiten Kreisen mit Genugtuung begrüßt werden,
daß durch die von Dresden eingeleiteten Verhandlungen
nunmehr die Aussicht auf Beilegung der Krisis günstiger
geworden ist.
— **Das Märchen von der „ultramontanen Herrschaft in
Bayern“** zerpfückt das letzte Heft der „Allgem. Rundschau“
in trefflicher Weise, wenn dort der Herausgeber, Herr Dr.
Kaufmann, schreibt: „Das Zentrum und der sogenannte
„Ultramontanismus“ sind heute trotz der absoluten Kam-
mermehrheit so wenig „herrschend“ in Bayern, daß der
Liberalismus, wenn er mit Hilfe der Sozialdemokratie
morgen ans Ruder käme, selbst bei hochgespannten An-
sprüchen in den leitenden Staats- und Verwaltungstellen,
von den Hochstellen ganz abgesehen, nur sehr geringe Per-
sonaländerungen anzustreben bräuchte. Die bayerische
Bureaucratie ist bis auf diesen Tag vom Geiste des Libe-
ralismus durchtränkt, und leider nur zu oft täuscht man
sich auch in Zentrumskreisen über sporadisch auftretende
Wandlungen der äußeren Verkehrsformen in Fällen, wo
nur die Krallen vorsichtig eingezogen sind, um je nach Zeit
und Umständen sofort wieder hervorgekehrt zu werden. Mit
wohlberechnetem Vorbedacht schlägt der Liberalismus auch
schon bei der kleinsten Scheinkonfession an das Zentrum
ohrbetäubenden Lärm, um jede ernsthaft ins Gewicht
fallende Minderung der immer noch bestens konservierten
liberalen „Personalien“ durch Einschüchterung der maß-
gebenden Stellen zu verhindern. In Bayern wäre es zur-
zeit noch ganz undenkbar, daß ein namhafter Zentrums-
parlamentarier in eine feinen Fähigkeiten entsprechende
leitende hohe Staatsstellung berufen würde, wie es soeben
wieder in Württemberg dem nationalliberalen Reichstags-
und Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Dieber, einem aus-
gesprochenen Kulturkämpfer, widerfahren ist, der von der
Regierung zum Direktor des durch die Volksschulreform
geschaffenen evangelischen Oberkulturs ernannt wurde,

Back-Str.
nt. 2. St.
113.
ental.
denstraße.
Rosental
3. Weg-
urgstraße.
rsplatz 2.
ittwe.
berg.
kt.
rmag:
a. Spree:
-Café.
n:
ft.
le
Linden-
Straßenbahn
en Sonntag
Traiteur.
945
ahre 95 Pf.,
enwurm-
anweisung-
auswärts.
Wilsdr. Str
ken!
rt und Bild
wir erfolg-
Schriften und
Gebiete. —
Schmutz vom
medien.
nis für das
Vorläufer
e gewinnen.
ung und alt,
Lampfe gegen
mit Eisfer er-
d Bild. —
lligkeit Papst
Dandyscheiten
ng zu Juida
09 und von
Zinnens dem
dnungen des
ausf wärmste
arbeit heroor-
it. Der An-
elter bauen
L, die Lebens-
glische 60 Mf.
602
entgeltlich.
Beitraggabe.
ststelle
artstr. 54
ereins.
OLZSCHNITTE
ANKÄTZUNGEN
-A.
r. 23.